



Österreich



Schutzzonen alleine sind zuwenig

Die Abtreibungsdebatte ist nun seit Wochen wieder in aller Munde und wird wohl auch in Zukunft noch hohe Wellen schlagen. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ist ein Grundrecht, das aber nur theoretisch gilt. Die SLP hat eine lange und kämpferische Tradition in der Verteidigung von Frauenrechten. SEITE 2



Nur Streik bringt Realloohnerhöhung

Während sich auf der einen Seite ManagerInnen, GroßaktionärInnen und UnternehmerInnen nicht gerade in Zurückhaltung üben, fordern eben diese genau diese von ArbeitnehmerInnen ein. SEITE 3

Schwerpunkt



Sozialdemokratie am Boden – Neue Linkspartei kommt! Nur Wann?

Die SPÖ eilt von Niederlage zu Niederlage. Stehen wir wirklich vor dem Ende des "sozialdemokratischen Jahrhunderts"? Oder gibt es nicht viel mehr eine Sehnsucht nach einer neuen kämpferischen und antikapitalistischen Linken? SEITEN 4/5

Internationales



Die SLP-Kasachstan-Connection

Österreich pflegt geschäftliche und politische Beziehungen zu einem Staat, indem demokratische Grundrechte mit Füßen getreten werden. Die SLP pflegt politische Beziehungen zu den Opfern dieses Regimes. SEITE 7

Milliarden für die Banken

Wir wollen Geld für Bildung, Gesundheit & Pensionen

Transparent auf der Demonstration der KindergartenpädagogInnen am 17. Oktober in Wien



Wenn der ÖGB seinen Slogan „Die Kosten der Krise dürfen nicht auf die ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden“ ernst nimmt, muss er endlich beginnen, Widerstand zu organisieren.

von Harald Mahrer, SLP Wien

Mit dem 100-Milliarden-Bankenpaket könnten 142 Jahre „Hacklerregelung“ finanziert werden. Die Schulden aller Krankenkassen hätten mit dem Geld, das für 15 Eurofighter bezahlt wurde, beglichen werden können. Alleine jene 2,7 Milliarden, die die Erste Bank vom Staat erhalten hatte, würden für 18 Jahre Studiengebühren reichen. Geld wäre also genug da, allein es fehlt der Wille, es – beim drohenden Fall der Profitraten – zum Wohle der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen.

Gier ist geil, außer bei PensionistInnen?

Gescheiterte ManagerInnen dürfen, aufgrund „wohlerworbener Rechte“ und „weil sich Leistung wieder lohnen muss“, auch im Misserfolgsfall mit Millionen-Abfertigungen rechnen. PensionistInnen wird hingegen vorgeworfen, dass 1,9% Pensionserhöhung einem Raubzug an der Jugend gleich kämen. Bemerkenswert: Auch die Grünen vertreten diese Lüge offensiv. Tatsache ist: 40% der PensionistInnen erhalten eine Pension, die unterhalb des Ausgleichszulagenrichtsatzes von EUR 772,- brutto pro Monat liegt. Die Hälfte der PensionistInnen erhalten netto weniger als EUR 803,- pro Monat, bei Männern liegt dieser Wert bei EUR 1.253,-. 90% aller Pensionisten beziehen netto weniger als EUR 2.006,-, 90% der Frauen kommen auf weniger als EUR 1.576,-. Diese – nicht gerade berauschend hohen – Werte ergeben sich unter Einbeziehung der angeblich so unerschämten hohen Pensionsbezüge der BeamtInnen, EisenbahnerInnen, usw... Sollen doch die Pensions-expertInnen und PolitikerInnen versuchen, auch nur einen Monat von EUR 772,00 brutto zu leben und dann noch mal 1,9% Erhöhung (EUR 14,70 brutto) als „Raubzug“ bezeichnen.

Finanzminister Josef Pröll „kann die Kostenexplosion bei der Hacklerregelung nicht vertreten“ und macht damit klar, wo er das Geld für Eurofighter-Raten, Bankenpakete und dergleichen hernehmen will.

Bildung und Gesundheit werden ausgehungert

Josef Pröll zielt sich beim „Kassenhilfspaket“ – einem Hilfspaket, das überhaupt erst aufgrund der blau-schwarzen Regierungspolitik notwendig wurde. Den Kassen soll laut Pröll nur geholfen werden, wenn sie zuerst Einsparungen vornehmen. Weniger Geld für Gesundheit bedeutet aber schlechtere Versorgung, wie man/frau es auch dreht und wendet. Johannes Hahn will die Studiengebühren wieder einführen, Claudia Schmied will die LehrerInnen zu kostenloser Mehrarbeit verdonnern. So sehen die „Investitionen“ in die Zukunft aus. „Wir“ können uns Pensionen, Gesundheitsversorgung und Bildung der Jugend angeblich nicht leisten – im achtreichsten Land der Welt. In Wahrheit können wir uns eine Politik nicht leisten, die Milliarden in den Spekulationssumpf steckt und bei den notwendigen sozialen Ausgaben streicht.

Weitere Angriffe werden bereits vorbereitet

Unter dem Schlagwort der „Verwaltungsreform“ wird massiver Personalabbau und weitere Verschlechterungen bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Bereich vorbereitet. Mit seiner Forderung nach einem „Sozialtransfer-Konto“ deutet Josef Pröll an, dass er vorhat, die Sozialleistungen in Österreich „auf ihre Effizienz zu prüfen“. Das Ergebnis dieser Prüfung können wir uns schon vorstellen: Allorts wird Kürzungspotential gesehen und eingefordert werden. Passend dazu geistern bereits Studien durch die Medien, die anhand völlig unrealistischer Annahmen (2 Elternteile, die trotz eines 12 Monate altem Kindes genau gleich viel verdienen und aus einer Großstadt aufs Land auspendeln) zu dem politisch genehmten Schluss kommen, dass es nahezu egal sei, ob man brutto EUR 425,- oder brutto EUR 1.900,- pro Person verdienen würde, da die Sozialleistungen das nahezu ausgleichen würden. Rechnet mensch die veröffentlichten Beispielfamilien mit dem Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, wie er leider immer noch alltäglich ist, verändert sich das

Ergebnis bereits wesentlich zugunsten der „reichsten Familie“. Wird die alberne Annahme, dass beide Elternteile aus der Großstadt auspendeln würden, fallengelassen, verschiebt sich das Ergebnis nochmals. Wären die beiden angenommen Kinder nicht 1 bzw. 4 Jahre, sondern 7 bzw. 10 Jahre, stünde es um die ärmste der drei Familien bereits besorgniserregend schlecht. Ein solches Studienergebnis ist jedoch politisch nicht gewollt: Schließlich geht es nicht um die Erhöhung skandalös niedriger Löhne, sondern um die Absenkung der ohnehin im internationalen Vergleich niedrigen Leistungen für Arbeitslose und sozial Schwache.

Gewerkschaft darf nicht länger zusehen

Arbeitskammer und Gewerkschaftsbund werden nicht müde zu betonen, dass die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien diese Krise nicht zu verantworten haben und daher nicht zur Kasse gebeten werden sollen. Leider folgen dieser an sich richtigen Analyse keinerlei ernst zu nehmenden Taten. Wenn die bevorstehenden Angriffe abgewehrt und dringend notwendige soziale Verbesserungen – wie die Erhöhung des Arbeitslosengeldes – erreicht werden sollen, müssen Gewerkschaften und Linke mobilisieren.

Die Sozialistische Linkspartei steht für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, um die Arbeit auf alle aufzuteilen und einen Mindestlohn von EUR 1.200,- netto. Gleichzeitig sollen Arbeitslosengeld und Pensionen auf mindestens diesen Betrag angehoben werden. Wir lehnen alle Versuche ab, ÖsterreicherInnen und MigrantInnen gegeneinander auszuspielen. Nur so lassen sich die sozialen Probleme in diesem Land in den Griff bekommen. Uns ist bewusst, dass diese Forderungen nicht einfach zu erreichen sind, sondern von Gewerkschaft und ArbeiterInnenbewegung mit Kampagnen, Demonstrationen und Streiks erkämpft werden müssen. Geld wäre ja offensichtlich genug da, dem politischen Willen kann und muß nachgeholfen werden.



Der Standpunkt

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Weil die Arbeit mit Menschen so schön ist ...

Weil die Arbeit mit Menschen so schön ist, sollen all jene, die sie machen eigentlich dankbar sein. Und nicht so frech, dafür auch noch Geld zu verlangen. Faymann meint, der LehrerInnenberuf soll endlich ein Ganztagsjob werden. Und „vergisst“ dabei, dass eine Unterrichtsstunde mehr braucht als 50 Minuten abzusitzen. Ganz ähnlich bei jenen, die in der Kinderbetreuung arbeiten. Die sollen „gut qualifiziert“ sein und natürlich „motiviert“ – aber das ganze bitte möglichst billig.

Aber mal zur Praxis: Wie sehen denn diese Jobs mit Menschen aus? Kinder, Jugendliche oder Kranke kann mensch nicht einfach abschalten. D.h. Pausen sind in diesen Jobs oft nicht möglich. Die Probleme, mit denen mensch konfrontiert ist – psychische Probleme der Kinder, Gewaltopfer etc. – sind auch für die Betreuungspersonen eine Belastung. Mensch will helfen. Kann es aber immer weniger, weil der „Betreuungsschlüssel“ bestenfalls suboptimal ist. Tatsache ist: Menschen, die die schwierigen Jobs im Sozialbereich leisten, sind meist mies bezahlt. Und wenn sie sich dagegen wehren, dann kommt per Medien&Politik die Moralkule. Da sind sie dann auf einmal „faul“, „egoistisch“ und „lassen die armen Kinder im Stich“.

Es ist schon eine verkehrte Welt, wenn ManagerInnen, die Jobs vernichten und Betriebe in den Bankrott führen, hunderttausende Euro bekommen und all jene, die mit Menschen arbeiten, mit einem Hungerlohn abgespeist werden. Miese LehrerInnen kennen wir alle. Miese Kinderbetreuung gibt es auch. Da kann viel kaputt gemacht werden bei Kindern und Jugendlichen. All die „ExpertInnen“ und PolitikerInnen, die erklären, dass LehrerInnen und BetreuerInnen mehr arbeiten können und dass höhere Einkommen leider nicht möglich sind – sollen sie es doch mal machen. Wer glaubt „das bisschen Spielen mit den Kleinen, das kann ja nicht so schwer sein“ – soll den Job mal für eine Woche machen. PolitikerInnen sind überbezahlte, abgehobene und weltfremde Wesen. KindergartenpädagogInnen und AssistentInnen sowie LehrerInnen sind die wahren ExpertInnen. Sie wissen was notwendig ist. Und sollten es gemeinsam mit Eltern und Jugendlichen auch entscheiden können. Dafür sind am 17.10. 2009 auf die Strasse gegangen. Infinanzierbar? Solange Milliarden in Banken und Wirtschaft gesteckt werden, eine offensichtliche Lüge.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 6812.733

Schutzzonen alleine sind zuwenig

Das Recht auf Abtreibung gerät wieder unter Beschuss – Es muss verteidigt werden.

von Lila Ramharter, SLP Wien

Die Abtreibungsdebatte ist nun seit Wochen wieder in aller Munde und wird wohl auch in Zukunft noch hohe Wellen schlagen.

Die Medien stellen als Hauptstreitpunkt das Verlangen nach Schutzzonen dar – das heißt, Sperrzonen rund um Abtreibungskliniken, um die Belästigung durch religiöse FanatikerInnen zu unterbinden. Doch solche Schutzzonen – so hilfreich sie zweifellos in der derzeitigen Situation wären – sind nur die Bekämpfung des Symptoms, nicht aber der Ursachen. Die Ursache ist die immer noch andauernde Unterdrückung und Belästigung von Frauen. Das lösen weder Schutzzonen und auch nicht die Straffreiheit (aber nicht Legalität!) der Abtreibung, für die sich die SPÖ bei jeder Gelegenheit mit Eigenlob überschüttet. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ist ein Grundrecht, das aber nur theoretisch gilt.

Nach wie vor viel zu hohe Kosten

"Frauen haben ein Recht auf gesundheitliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung über ihren Körper", so SPÖ-Frauenvorsitzende Gabriele Heinisch-Hosek. Dennoch ist die einzige Verbesserung der Situation für Frauen in den letzten Jahren die Senkung der Kosten in Wien, die sich aber immer noch auf EUR•300–400,- belaufen. Das praktische Problem ist aber, dass Abbrüche in öffentlichen Spitälern auch im SPÖ-regierten Wien schwer möglich sind.

Martin Graf (FPÖ und Männerbündler) ließ Anfang September verlautbaren, man müsse die Beratung vom abtreibenden Arzt trennen, angeblich um so dem Profitgedanken entgegenzuwirken. Tatsächlich geht es Graf darum, durch die "Beratung" durch "Unabhängige" (er meint wahrscheinlich die Kirche oder andere Abtreibungsgegner) den Druck auf Frauen weiter zu erhöhen. Aber: dem „Profitgedanken entgegenwirken“ möchte die SLP. Allerdings indem man den Profitgedanken an sich aus dem Gesundheitswesen verbannt und Abtreibung endlich zu einer kostenlosen Leistung der Krankenkasse macht die in jedem Bundesland in öffentlichen Spitälern ohne Schickanen durchgeführt wird.

Rechte Politiker und radikale Abtreibungsgegner machen weiter mobil.

Selbst von anderen Frauen wird den ungewollt Schwangeren oft das Leben schwer gemacht. Besonders in Internet-Foren, wo man oft verzweifelte Fragen zu dem Thema lesen kann, werden Antworten gepostet, die von „Abtreibung ist Mord“ bis hin zu „Wer zu dumm zum Verhüten ist, soll keinen Sex haben“ gehen. Nach Ursachen für die Schwangerschaft oder Gründen für den gewollten Abbruch wird kaum gefragt.

Doch gerade das letztere Zitat – so intolerant es ist – zeigt zwei gesellschaftliche Probleme auf: „Zu dumm zum Verhüten“ gibt es nicht, sehr wohl jedoch „zu wenig aufgeklärt“. Ich erinne-



re mich an meine Schulzeit, in der ich wohl ganze zwei Stunden Sexualekunde hatte. Zeit, um auf Fragen einzugehen, blieb dem (männlichen) Lehrer da nicht.

Doch selbst für einen perfekt aufgeklärten Menschen bleibt bei der Verhütung immer noch die Frage der Kosten: Je nach sexueller Aktivität kann man im Jahr mit EUR•1–200,- für Kondome rechnen, für die Pille mit durchschnittlich EUR•120,-.

Die SLP steht für Aufklärungsunterricht beginnend im Kindergarten und die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln. Abtreibung ist ein Grundrecht und muss jeder Frau unabhängig von ihren finanziellen Mit-

teln zur Verfügung stehen, dennoch ist die Prävention enorm wichtig, muss staatlich garantiert und gratis sein.

Dass die AbtreibungsgegnerInnen grad jetzt Auftrieb haben ist kein Zufall: In wirtschaftlichen Krisenzeiten wird stets das "traditionelle" Frauenbild aus der Mottenkiste geholt um eine ideologische Grundlage dafür zu haben, Frauen aus dem Arbeitsmarkt zu drängen. Die SLP hat eine lange und kämpferische Tradition in der Verteidigung von Frauenrechten, insbesondere des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch, vor allem gegenüber Organisationen wie HLI und anderen. Wenn Auch Dich HLI & Co nerven - mach mit!

OÖ nach den Wahlen

Wie weiter nach den Landtags- und Gemeinderatswahlen?

von Jonas Honauer,
SLP Oberösterreich

Die Wahlen in Oberösterreich sind ein Resultat der Politik in diesem Bundesland. Die Sozialdemokratie wird aufgrund ihrer Politik abgestraft: Sie ignoriert soziale Themen wie die Jugendarbeitslosigkeit, die in Oberösterreich die höchste bundesweit ist. Oder die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, die mit 54% die größte EU-weit ist. Auch der Lehrlingskündigungsschutz oder das Bildungs- und Sozialsystem sind kein Thema. Im Gegenteil begünstigt sie Rassismus durch ihre seichte Politik auch noch. Es gibt in Oberösterreich noch keine linke Alternative. Die Konsequenz ist, dass das politische Vakuum, das von der SPÖ hinterlassen wurde, jetzt von rechter Seite ausgefüllt wird. Die FPÖ kann mit ihrer Scheinpolitik punkten und trägt somit rassistische Hetze, Burschenschaftler und einen gefährlichen Neo-Nazi-Schlägermob mit hinein in die Landespolitik. Da sich der moralische Antifaschismus als nicht ausreichend erweist zur Bekämpfung einer rechtsextremen FPÖ, hat es in ganz Oberösterreich antifaschistische Mobilisierungen gegeben. Die FPÖ kann mit ihren Scheinlösungen solange punkten bis es eine echte soziale Alternative gibt. Wirkliche Lösungen für ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen hat die FPÖ nicht - und schon gar keine Alternative zum Kapitalismus.

Es braucht daher eine neue Partei, die



wirklich für unsere Interessen kämpft. Wir müssen unsere Rechte selber verteidigen, wir müssen gemeinsam für eine Zukunft kämpfen, die diese Bezeichnung auch verdient hat, denn es wird niemand für uns erledigen.

Es geht jetzt konkret darum, Perspektiven anzubieten und mit Jugendlichen und ArbeitnehmerInnen für ihre Rechte zu kämpfen:

- Wiedereinführung des Lehrlingskündigungsschutzes
- Mindestlohn von 1.200 Euro – Keine Hungerlöhne für Lehrlinge
- Arbeitszeitverkürzung auf eine 30 Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Mehr Geld für Bildung! Bildung darf kein Privileg der Reichen werden!

Unser nächstes Ziel: Ein Marsch für Jugendrechte in Oberösterreich.

Rassismus, Sexismus, Homophobie?

Jugend lässt sich nicht spalten! Wir kämpfen gemeinsam!



SLP Salzburg

"Es geht nicht nur um irgendwelche niveaulosen Witze, es geht darum, dass Leute gegeneinander ausgespielt werden um zu verhindern, dass sie sich gemeinsam wehren!" meint Katherina Braschel, Schülerin aus Salzburg.

Die Wirtschaftskrise bringt die übelste Propaganda der Rechten zum Vorschein. Arbeitslose MigrantInnen sollen in ein Arbeitslager und dann abgeschoben werden (Freiheitlicher Akademikerbund). Frauen sollen wieder Heim, Herd und Bett hüten und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch steht wieder unter Beschuss. Bekennende Homosexuelle werden noch immer von vielen Chefs gemobbt, verlieren ihre Jobs, werden diskriminiert,...

Wir sagen: So geht's nicht weiter. Wenn wir für Jugendliche und ArbeitnehmerInnen wirklich etwas erreichen wollen, dann dürfen wir uns nicht spalten lassen! Wir müssen uns zusammenschließen und gemeinsam für unsere Rechte kämpfen. Viele Jugendliche sagen sich: "Das inhaltslose Gequatsche der einen und die dumpfe Hetze der anderen Po-

litikerInnen haben wir uns lange genug angehört!" Und damit haben sie vollkommen recht!

Kämpfen statt Jammern!

Die geplanten Kürzungen der Regierung treffen vor allem Jugendliche. Wissenschaftsminister Hahn will die Studiengebühren wieder einführen. Bildungsministerin Schmied setzt den LehrerInnen - und damit auch den SchülerInnen - zu. Tausende Jugendliche suchen verzweifelt eine Lehrstelle. Wir fordern Freiräume, in denen Jugendliche, ohne den Zwang zu konsumieren, ihre Freizeit verbringen können – das hilft allemal mehr als verlogene Debatten über Jugendgewalt.

International kämpfen Jugendliche für ihre Rechte. Beim "Youth march for Jobs" in England demonstrierten Jugendliche für ihre Zukunft. Das geht hier auch! Die SLP startet in Salzburg eine neue Kampagne gegen Rassismus, Sexismus und Homophobie, für Solidarität, soziale Rechte und gute Bildung! Werde DU jetzt mit uns aktiv!

Sollen Lokführer auch krank fahren?

Bespitzelung und Datenmissbrauch bei der ÖBB um kranke MitarbeiterInnen einzuschüchtern – Gewerkschaftsführung reagierte jahrelang nicht

von Wolfgang Fischer, SLP Wien

Unter dem im Sommer zurückgetretenen ÖBB-Personalchef Franz Nigl wurde das System des „Fehlzeitenmanagements“ aufgebaut. Durch die illegale Erfassung sensibler Daten, Praktiken von Hausbesuchen durch Vorgesetzte und „Krankenstandsrückgespräche“ etablierte sich ein Zwangssystem, das ÖBB-MitarbeiterInnen unter Druck setzte, unter 15 Krankenstandstagen pro Jahr zu bleiben. Auch Versetzungen, Beförderungen und Gehaltsvorrückungen wurden von einer Offenlegung der Krankenakte abhängig gemacht. Aus Angst vor diesen Kontroll- und Disziplinierungsmaßnahmen sank die Anzahl der Krankenstandstage, ArbeitnehmerInnen gingen trotz Erkrankung arbeiten. Aber wie sicher ist es, wenn ein kranker Lokführer fährt? Oder ein kranker Kollege im Verschub arbeitet? Die Zunahme von Unfällen zeigt, dass die Politik Auswirkungen auf die Sicherheit hat.

Überwachung hat System

Der Ausbau des Überwachungs- und Repressionsapparates findet nicht nur auf staatlicher Ebene statt. Via Medien wird ein Bild von „faulen“ Beschäftigten gezeichnet, die „krank feiern“. Dass der Arbeitsdruck steigt und Menschen aus Angst um den Job krank zur Arbeit gehen, ist kein Thema. Im März 2008 wurde etwa beim deutschen Discounter Lidl ein Skandal aufgedeckt, der die Videoüberwachung der MitarbeiterInnen betraf. Toilett- und Pausenzeiten, persönliche Gespräche oder „Arbeitsmotivation“ der MitarbeiterInnen wurden erfasst und ausgewertet, „Fehlverhalten“ führte zu Entlassungen. Diese „Stasi“-Methoden dienen den Unternehmen dazu, die Beschäftigten unter Druck zu setzen oder sogar gegeneinander auszuspielen. Der Widerstand gegen schlechte Arbeitsbedingungen und die Organisation gewerkschaftlicher Aktivität soll im Keim erstickt werden.



Verschlechterungen hinnehmen?

Hintergrund der illegalen Datensammlung bei den ÖBB ist nicht die „Gesundheitsvorsorge“ der MitarbeiterInnen (wie die offizielle Begründung lautet), sondern es geht um das systematische Unterlaufen des kollektiven Arbeitsrechts und des Dienstrechts der EisenbahnerInnen und um eine „Verbesserung“ der Konzernbilanzen. Laut Habertzettl seien mittlerweile zwischen 3.000 und 4.000 KollegInnen, die über den 15 „zulässigen“ Krankenstandstagen lagen, aus dem geltenden Dienstrecht in ungünstigere Einzelverträge gedrängt worden.

Gewerkschaft muss handeln!

Der Missbrauch der Krankenstandsdaten ist der ÖBB-Gewerkschaft vida und dem Betriebsratsvorsitzenden Habertzettl seit mehr als einem Jahr bekannt. Während die „Schuldfrage“ für die Vertuschung wie eine heiße Kartoffel zwi-

schen ÖBB-Management und Gewerkschaftsführung rotiert, ist unklar, warum seitens des Betriebsrates keine aktiven Maßnahmen gegen diese Missstände gesetzt wurden. Statt lauwarmer Kritik an den Methoden des Managements wäre hier von Beginn an eine offensive Kampagne der Gewerkschaft gegen dieses Repressionsystem unter aktiver Einbindung aller ÖBB'lerInnen notwendig gewesen. Gefährliche und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen sind ebenso wie der steigende Leistungsdruck letztendlich Folgen der 2003 erfolgten ÖBB-Zerschlagung in 11 Einzelgesellschaften und der damit verbundenen Profitorientierung öffentlicher Verkehrsdienstleister. Eine offensive Gewerkschaftskampagne muss zum Ziel haben, bereits erfolgte Verschlechterungen für ÖBB-KollegInnen zurückzunehmen, gleichzeitig aber auch die Rücküberführung der ÖBB in gesellschaftliches Eigentum unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten fordern.

Noch schnell vor der Wahl...

Verschlechterungen bei der Gemeinde Wien

Seit Jahren haben SLP und die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften Widerstand gegen die immer weitergehende Arbeitszeitflexibilisierung organisiert bzw. unterstützt. Nun ist Widerstand gegen das neue Dienstrecht bei der Gemeinde Wien, das mit 1.1.2010 in Kraft treten soll, notwendig. Geplant sind Verschlechterungen bei den Zulagen, diese sollen auf eine zentrale Zulage reduziert und schrittweise nach unten gedrückt werden.

Hauptangriffspunkt ist die Arbeitszeit!

Mittels einer generellen Möglichkeit zu Gleitzeitvereinbarungen in allen Bereichen der Gemeinde Wien soll der Zeiträumen für die tägliche maximale Arbeitszeit auf 12 Stunden festgelegt werden. Diese kann zwischen 6 und 22 Uhr beliebig vom Dienstgeber eingeteilt werden. Dazu noch ein Durchrechnungszeitraum, von sechs Monaten bis ein Jahr. Konkret bedeutet das: Wer bei einem Durchrechnungszeitraum von sechs Monaten drei Monate lang Überstunden macht, kriegt dafür gar nichts extra, wenn er die nächsten drei Monate wieder weniger arbeitet. Das ganze natürlich nicht freiwillig, sondern auf Weisung von oben. Die Gleitzeit nützt also - im Gegensatz zur Darstellung - v.a. dem Dienstgeber!

Die Verfügbarkeit der Bediensteten für ihren Dienstgeber wird massiv erhöht. Damit sollen Personal und Überstundenzuschläge eingespart werden. Als Überstunde soll erst die elfte und nicht mehr die neunte Stunde gelten. Der 8-Stunden-Tag wird damit auch im „roten Wien“ abgeschafft.

Die GdG - deren Führung aufs engste mit der Wiener Stadtregierung verbunden ist - tut dagegen nichts. Ein Grund mehr für aktiven gewerkschaftlichen Widerstand in den Gemeindebetrieben. Und politisch ist eine starke linke Alternative bei den Wiener Gemeinderatswahlen ist nötiger den je!

Voller Druck auf Druckereibesitzer!

Im Dezember 2008 haben die UnternehmerInnen des grafischen Gewerbes den Kollektivvertrag aufgekündigt. Bis jetzt gibt es keinen neuen KV.



von Herbert Wanko, SLP Wien

Was steckt hinter dem harten Kurs des Druckereiverbandes? Neben dem Wunsch, die Gewinne auf Kosten der Beschäftigten wieder kräftig steigen zu lassen (Mediaprint machte 2008 18,8 Millionen Euro Gewinn – Quelle: Format-Online 1. 5. 2009), soll die Druckereibranche eine Vorreiterrolle Richtung Lohn- und Druck übernehmen.

29. September: Mehr als 2.000 Druckerei-beschäftigte demonstrierten in Wien für die Durchsetzung ihres Kollektivvertrages.

Laut Gewerkschaft war dies erst ein erster Schritt, dem weitere Kampfmaßnahmen folgen sollen. Bereits im April wurde ein Streikbeschluss gefasst, und die KollegInnen sind bereit zu kämpfen. Trotzdem will die Gewerkschaftsführung noch sechs Wochen warten. Wir mei-

nen, dass die KollegInnen schon lange genug gewartet haben. Es müssen sofort Urabstimmungen in den Betrieben abgehalten und die Ergebnisse – alles andere als ein klares Bekenntnis zum Streik wäre eine Riesenerberraschung – auch unverzüglich umgesetzt werden.

Um zu beweisen, dass sie es ernst meinen, muss es eine echte Eskalationsstrategie geben, die konkret vorbereitet wird: Warnstreiks, die wenn sie erfolglos sind von einem flächendeckenden Streik gefolgt werden. Angesichts der bisherigen Zähheit kann sogar ein unbefristeter Streik nötig sein. Über ein Ende von Kampfmaßnahmen müssen alle Betroffenen durch Urabstimmung über die Verhandlungsergebnisse entscheiden - oder über die Fortführung.

Es gibt mehrere wichtige Punkte während eines Streiks. In den Betrieben müssen Streikausschüsse gebildet werden, die die begleitenden Aktionen der einzelnen Betriebe koordinieren und regelmäßig wichtige Informationen an die KollegInnen weiterleiten. Die Öffentlichkeit muss auch nicht ganz ohne Zeitungen auskommen. Streikzeitungen, in denen die Menschen über die Gründe für den Streik und über den Stand der Verhandlungen informiert werden, helfen mit, Solidarität von KollegInnen aus anderen Branchen zu bekommen. So wie der Druckereiverband die Vorreiterrolle für eine neue Qualität der Angriffe auf ArbeitnehmerInnen spielt, können die davon betroffenen KollegInnen ein wichtiges Zeichen setzen, wie auf solche Angriffe zu antworten ist. Übrigens: Gerade auch die Aushebelung des JournalistInnen-KV's den die GPA/DJP in ihrer Zeitung „Kompetenz“ thematisiert, böte sich für gemeinsame Aktionen im Medien/Printbereich an.

Nur Streik bringt Realloohnerhöhung

Nulllohnrunde in Salzburg! Arbeiterkammer: Gewinne von nur 17 Unternehmen reichen für 4 gute Lohnrunden.

von Markus Klostermann, SLP-Salzburg

Mitten in der Wirtschaftskrise sind die Manager-Boni an der Wall-Street binnen eines Jahres um 20% gestiegen. Auch in Österreich müssen nicht alle den Gürtel enger schnallen. 17 der 20 ATX-Unternehmen haben Gewinne von 2008 als Dividende ausgeschüttet – insgesamt 2,2 Milliarden Euro. Aber auch die 246 wichtigsten, nicht an der Börse notierten, Unternehmen Österreichs werden 4,1 von 5,3 Milliarden Euro ausschütten. Laut AK landen 88 Prozent der Gewinne in den Taschen der AktionärInnen. Während sich auf der einen Seite ManagerInnen, GroßaktionärInnen und UnternehmerInnen nicht gerade in Zurückhaltung üben, fordern ebendiese genau diese von ArbeitnehmerInnen ein – am Besten in Form von niedrigen bis gar keinen Lohnerhöhungen (oder auch Kürzungen), weiterer Flexibilisierung...

Nulllohnrunde in Salzburg bereits Realität!

Gerade jetzt sind die Gewerkschaften gefordert, um die Interessen der ArbeiterInnen zu verteidigen. Auf der ÖGB-Webseite findet sich ein Nulllohnrechner. Von hohen FunktionärInnen hört man des öfteren "das wird's mit uns nicht geben" – doch in Salzburg wird gerade dem zugestimmt. Die nächsten zwei Jahre wird es für die Landesbediensteten keine Lohnerhöhung geben, obwohl die Leute bereit waren zu kämpfen (100%-iger Streikbeschluss der Beschäftigten des LKH) wurde diese massive Verschlechterung gebilligt.

In die traditionellen richtungsweisende Herbstlohnrunde gingen die VerhandlerInnen des ÖGB mit sehr niedrigen Ansprüchen – ob sie



mit noch weniger zurückkommen werden? Ein für die Beschäftigten gutes Ergebnis wird aber gerade vor dem Hintergrund der Krise nicht durch Verhandlungen zu erreichen sein. Von alleine werden die Unternehmer nichts herausrücken. Damit die Reallöhne nicht wie die letzten zehn Jahre stagnieren oder gar wieder sinken, muss der ÖGB in die Offensive gehen und darf vor Streiks als wirkungsvollem und legitimen Kampfmittel der ArbeiterInnenklasse nicht zurückschrecken.

Sozialdemokratie am Boden – Neu



Oberösterreich: Die SPÖ bricht in ihren industriellen Hochburgen vollständig zusammen. In Wels erreicht der FPÖ-Kandidat in der Stichwahl fast 47 Prozent und verpasst nur knapp den Bürgermeistersessel. Vorarlberg: SPÖ 10 Prozent, FPÖ 25 Prozent. Die Konsequenz? In Linz erhält die FPÖ von der SPÖ-Mehrheit das Sicherheitsressort. Die Wiener SPÖ spricht nur mehr von der „Hausordnung“ und führt eine Unzahl neuer Wachkörper ein. Und im Bund strebt die SPÖ neben einer Verschärfung des Asylgesetzes auch eine weitere Kursverschärfung in der Migrationspolitik nach Rechts an. Was steckt hinter der Krise der SPÖ und welche politischen Schlussfolgerungen sollten SozialistInnen und Linke aus der aktuellen Entwicklung ziehen?

von John Evers, SLP•Wien

Das Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts?

Der (neo)liberale Ideologe Ralf Dahrendorf, der schon in den 1980ern das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“ beschwor, gehört momentan zu den meistzitierten Personen. Zumindest wenn es um die europäische Sozialdemokratie geht. Nach den vernichtenden Niederlagen in Deutschland und Österreich, der tiefen Krise der französischen SP und von „New Labour“ in Britannien – von Ungarn, Polen (...) ganz zu schweigen – steckt diese traditionsreiche Bewegung offenbar in einer Art finalen Krise. Dahrendorf alte Behauptung – die Sozialdemokratie habe im Grunde alles erreicht und müsse daher in ihrer bisherigen Form abtreten – dient in verschiedenen Varianten als zentrales Erklärungsmuster. In Deutschland wurde die CDU von den Medien zum Teil zur heute besseren Sozialdemokratie (v)erklärt. In Österreich gibt der auf die SPÖ-Parteiführung sehr einflussreiche Kommunikations-„Experte“ Dietmar Ecker im Ö1 Morgenjournal (14.10.09) folgende Analysen und Tipps zum Besten: „Europaweit reagiere die Sozialdemokratie auf die verstärkte internationale Konkurrenz mit dem Ausbau der Sozialnetze. Das hilft zwar jenen, die Opfer der Krise sind, aber bei jener Generation mit hoher Bildung im internationalen Wettbewerb stehend erzeugt das eher das Gefühl: Wer zahlt denn das?“ Nicht nur angesichts der Tatsache, dass selbst die Hälfte der – „jungen“ und

„bessergebildeten“ – Studierenden unter der Armutsgrenze leben, ist es ganz offensichtlich, wie wenig fundiert eine derartige neoliberale Propaganda durch sogenannte „ExpertInnen“ sich in der Realität darstellt. Praktisch werden sozialdemokratische Parteien überall in Europa von neuen Linksformationen herausgefordert bzw. – v.a. dort wo solche Formationen nicht existieren – auch durch eine (extreme) Rechte, welche sich die soziale Frage auf die Fahnen heftet, an die Wand gedrückt. Tatsächlich ist diese Entwicklung durch politische und strukturelle Veränderungen bedingt, welche bis in die 1980er Jahre zurückgreifen. Allerdings hat nicht eine positive soziale und demokratische Modernisierung der Gesellschaft die Sozialdemokratie obsolet werden lassen, sondern sich diese sich damals an den neuen, neoliberalen und repressiven Mainstream angepasst.

Neoliberale „Modernisierung“ in der Sackgasse – aber niemand wendet den Kurs

In den 1980ern wurden die strukturellen Probleme einer Politik die auf Reformen setzt, aber das System selbst nicht Frage stellen möchte, deutlich sichtbar. Die seit damals langfristig steigende Arbeitslosigkeit und die (gerade auch jetzt extrem) steigende Verschuldung weisen auf eine dauerhafte Niedergangphase des Kapitalismus hin. Die Verbesserung der Profitraten auf der einen, Sozialabbau auf der anderen Seite, wurde zur neuen Priorität politischen Handels.

Überall orientieren sich Sozialdemokratische Parteien – seit Jahrzehnten fest im politischen System verankert – in diesem Sinne neu. Außenaufritt und Struktur wurden „modernisiert“. Das Umwerben der bürgerlichen Medien und teure Kampagnen für den Spitzenkandidaten entsorgten nicht nur inhaltliche Positionen. Knapp 400.000 Mitglieder haben in den letzten Jahrzehnten die SPÖ verlassen. Tiefe Bruchlinien zu den Gewerkschaften sind und bleiben unübersehbar. Der Versuch, sich als „normale“, bürgerliche Partei zu profilieren bedeutete gleichzeitig einen langfristigen Abwärtstrend: Von knapp 50 Prozent Anfang/Mitte der 1980er Jahre bei Bundeswahlen, landete die SPÖ bei unter 30 Prozent (2008). Insofern erscheinen die Ergebnisse in Vorarlberg und Oberösterreich klar als Ausdruck einer strukturellen Entwicklung bzw. des dauerhaften Niedergangs. Die neoliberale Modernisierung der Sozialdemokratie – unter Vranitzky, Klima, Gusenbauer und Faymann, bzw. europaweit unter Blair und Brown, Schröder und Steinmeier vorangetrieben – hat sich zwar somit als Sackgasse erwiesen. Nur niemand ist (mehr) da um diese strukturell wieder in eine andere Richtung zu drehen. Bezeichnend dafür ist nicht nur der Umstand, dass der SPÖ-Bundesführung nichts anders einfällt als zur Tagesordnung überzugehen; nachdem sie schon die historische Wahlniederlage 2008 als Erfolg gefeiert hatte. Es sind v.a. gerade auch jene Personen, welche von den Medien zu linken Galionsfiguren erkoren wurden, die wie Pappfiguren im Wind nach Rechts umfielen. So war es gerade Erich Haider der sich vor der Wahl plötzlich für einen verpflichtenden „Integrationsvertrag“ – etwas was die FPÖ seit Jahren fordert – für alle MigrantInnen stark machte.

Linke Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei in Deutschland

Chancen und Probleme der Partei DIE LINKE

von Tilman Ruster, SLP Wien

„Verwurzt in der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, der Friedensbewegung und dem Antifaschismus verpflichtet, den Gewerkschaften und neuen sozialen Bewegungen nahe stehend, schöpfend aus dem Feminismus und der Ökologiebewegung, verbinden sich ihre Identität erweiternd demokratische SozialistInnen und Mitglieder der WASG zu der neuen Partei DIE LINKE, mit dem Ziel, die Kräfte im Ringen um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Nachhaltigkeit in der Entwicklung zu stärken.“ Dieser Satz steht am Anfang der Bundessatzung der noch jungen Partei DIE LINKE aus Deutschland. Eben dieses pluralistische Verständnis ist zugleich Stärke und Schwäche der Partei: Der offene Charakter hat zu einem Mitgliederzuströmung erheblichen Ausmaßes und einem neuen, großen Mobilisierungspotential geführt.

Gleichzeitig ist die gemeinsame politische Basis der Mitglieder aber eher klein. Während große Teile der Partei sich lediglich als „Korrektiv“ der SPD betrachten, verfolgen andere Teile einen klar antikapitalistischen Kurs. Diese Spannung innerhalb der Partei führt, neben anderer Gründe, oft zu einer unklaren Positionierung zu wichtigen politischen Fragen. Andererseits befruchtet sie aber auch die programmatische Diskussion. Oft genug kommt es aber auch vor, dass eben diese wichtige Diskussion aus Angst vor einer Spaltung abgewürgt wird. So ist es auch zu erklären, dass DIE LINKE noch immer kein offizielles Parteiprogramm hat.

Die bisherigen Erfolge der LINKEN sind aber doch offensichtlich: Es ist gelungen, eine in sozialen Bewegungen verwurzelte Partei aufzubauen, die von der Öffentlichkeit als echte Alternative zum Block der bürgerlichen Parteien wahr-

genommen wird. Es ist DIE LINKE, die das Thema soziale Ungerechtigkeit besetzt hat, und damit der rassistischen Propaganda rechtspopulistischer Parteien das Wasser abgräbt.

Unklare Positionierung

DIE LINKE ist eine Konstante auf jeder fortschrittlichen Demo geworden und gilt in zahlreichen Parlamenten als Stimme der ArbeiterInnen, Arbeitslosen und MigrantInnen.

Und doch bleibt sie weit unter ihren Möglichkeiten: Vor allem die Parteiführung unter Lafontaine und Gysi und auch viele andere vermeiden es ganz bewusst, eine klare Abgrenzung von der in zwischen völlig verbürgerlichten SPD und B90/Die Grünen vorzunehmen. Dahinter steht wohl die Hoffnung auf eine Regierungskoalition und die damit verbundenen Posten. Dadurch verspielt die Partei das Potential, nicht nur als Alternative zu den anderen Parteien, sondern auch als Alternative zum Kapitalismus selbst wahrgenommen zu werden.

Anstatt zum Beispiel gerade jetzt in der Wirtschaftskrise, wo die fatale Wirkung des Kapitalismus so greifbar ist, zum Sturz eben dieses Systems aufzurufen, stimmen sie nur in den allgemeinen Chor der Forderung nach „mehr Regulierung des Finanzsystems“ mit ein.

Deshalb ist es nötig, den Aufbau einer revolutionären, sozialistischen Partei von der Basis her zu betreiben. Die Sozialistische Alternative (SAV; deutsche Sektion des CWI) tritt genau dafür ein. Gleichzeitig wirbt sie für das Bewusstsein, dass die parlamentarische Arbeit nur eine Ergänzung zu einer Bewegung in Betrieben, Schulen, Unis und auf der Straße sein kann. Insbesondere kämpft die SAV gegen Koalitionen, die auf Sozialabbau hinauslaufen. In solchen würde DIE LINKE die Glaubwürdigkeit verlieren, die sie

dringend braucht, um gemeinsam mit sozialen Bewegungen eine echte Opposition aufzubauen. Das zeigen besonders die Erfahrungen mit der „Rot-Roten“ Regierung in Berlin. Wie soll man gemeinsam mit Beschäftigten und AnwohnerInnen zum Beispiel gegen die Schließung einer Kindertagesstätte demonstrieren, wenn man selbst dafür verantwortlich ist?

Bei einem Durchschnittsalter von über 62 Jahren in der LINKEN ist der Aufbau des „Partei-nahen Jugendverbands“ besonders wichtig.

Höchst interessant ist daher die Entwicklungen von Linksjugend (Solid), die von der SAV regional sehr aktiv mitvorangetrieben wird. Immerhin ist Linksjugend (Solid) in Deutschland inzwischen zu einer tragenden Säule etwa der Bildungsstreik-Bewegung und antifaschistischer Aktionen geworden. Der Bildungsstreik hat auch mit über 250.000 TeilnehmerInnen gezeigt, wie groß das Potential für eine antikapitalistische Jugendbewegung ist. Erst jüngst fand ein großer Antikapitalismuskongress des Studierendenverband DIE LINKE.SDS mit über 1.000 TeilnehmerInnen statt. Die SAV kommentiert die Probleme aber auch das positive Zeichen dieses Kongresses so: „Nur selten gelang jedoch die notwendige Verbindung zwischen dem konkreten Widerstand und einer Perspektive der Abschaffung des Kapitalismus. So krankten viele Debatten an einem rein akademischen Charakter, der durch die professorale Referentenauswahl verstärkt wurde, während in anderen Diskussionen nicht über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus geschaut wurde. Trotzdem drückte sich auch bei diesem Kongress einmal mehr aus, dass es eine wachsende Schicht von jungen Menschen gibt, die antikapitalistische Schlussfolgerungen ziehen und auf der Suche nach einer sozialistischen Perspektive sind.“

SPÖ-Linke: Organisationsdisziplin gegenüber der Faymann-SPÖ oder Öffnung und Konzentration der Linken?

Im Gegensatz zu anderen Staaten, hat es in Österreich weder in der Sozialdemokratie noch im gewerkschaftlichen Bereich nach 1950 eine starke linke Strömung gegeben. Die SPÖ-Linke heute sind im Wesentlichen Einzelpersonen plus Teile der Jugendorganisationen ohne Ansätze eines gemeinsamen Programms. Sie haben in den letzten Jahren bei allen Anlässen letztlich lieber der Partei(führung) die Treue gehalten, als sich gegenüber anderen Linken zu öffnen. Ein starkes Element dieser Personengruppe bildet die virtuelle Politik über Homepages („Wir sind SPÖ“) und Facebook, die a priori nur bestimmte Schichten erreicht und auf reale Handlungen weitgehend verzichtet. Wie verzweifelt sich die Lage darstellt, zeigt ein Kommentar der „SPÖ-Marxisten“ um die Zeitschrift „Der Funke“ die, um die Notwendigkeit des Verbleibs in der SPÖ zu rechtfertigen, nach jedem Strohhalm greifen: „Unter dem Namen „SPÖ-Linke. Pro SPÖ-Kurswechsel. Pro SPÖ-Neustart“ organisierten sich binnen weniger Tage schon mehr als 850 linke SozialdemokratInnen, darunter viele GenossInnen aus der SJ und aus SPÖ-Ortsparteien bis hin zu Parteiprominenz wie Ex-Sozialminister Erwin Buchinger oder Günther Tolar von der SoHo. Dieses Projekt legt den Keim für den Aufbau einer SPÖ-Linken. Der Funke unterstützt dieses Projekt mit aller Kraft.“

Bemerkenswert ist nicht nur, was gerade der Funke am 22.2.2008 über diesen „linken“ Buchinger schrieb: „Nachdem unser Sozialminister durch ein Totalversagen in der Pflegeproblematik in den Umfragen in den Keller rutscht, kürzt er den rund 500.000 ärmsten PensionistInnen, die Realpensionen um 2% mit der Begründung, sie bekämen eh alle Nebeneinkünfte. Binnen

Die Linkspartei kommt! Nur wann?



weniger Monate ist Buchinger vom feschen d'Artagnan zum ergrauten Richelieu der Sozialpolitik mutiert. Ist der Ruf einmal ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert. Ganz nach dem Motto l'État, c'est moi, stellt er sich jetzt in der Frage des Untersuchungsausschuss voll hinter Platter, während sämtlichen SPÖ-Landesorganisationen die Grausbirnen wachsen.“ (<http://www.derfunke.at>). Tatsächlich setzt das neue Facebook-Projekt – wieder einmal – ausschließlich auf die Reform der SPÖ: „In den letzten Jahren hat die SPÖ große Schuld auf sich geladen, da sie ohne Widerspruch ÖVP-Politik mitgetragen und mitgestaltet hat. Es sind kaum noch sozialdemokratische Inhalte erkennbar, daher fordert die SPÖ-Linke einen Neustart. Eine Rückkehr zu sozialdemokratischen Werten, die die jetzige Parteiführung entsorgt hat.“ (Aus dem Aufrufstext).

Nicht gefragt wird, woran diese bisher gescheitert ist, bzw. wer diese eigentlich konkret umsetzen soll. Hierfür wären auch schwer Antworten zu finden die nicht auf einen Bruch mit der Partei hinauslaufen. Wirklich bemerkenswert gegenüber dieser offiziellen Organisationstreu erscheint der Tenor den linke Einzelpersonen bzw. vor allem auch viele GewerkschafterInnen in persönlichen Diskussionen vermitteln. Der positive Bezugspunkt zu internationalen Entwicklungen, v.a. der Entwicklung neuer linker Parteien ist hier stets unüberhörbar. Genau jetzt stellt sich allerdings dann die Frage: Worauf wird noch gewartet? Tatsächlich entwickeln sich die Verhältnisse in der SPÖ nämlich in eine eindeutige Richtung.

Am Beispiel Oberösterreich: Wohin geht die Reise?

Nach den Wahlen in Oberösterreich machte der FP-Spitzenkandidat Detlev Wimmer den Anspruch laut, er wolle erster Linzer Sicherheitsstadtrat werden. Mitte Oktober überlies der SPÖ-Bürgermeister von Linz, Dobusch, ihm den Posten. Wimmer wird damit für den Bereich Sicherheit verantwortlich sein. Dobusch wurde gefragt, ob dies nicht ein falsches Signal sei, ausgerechnet die Rechten mit diesen Aufgaben zu betreiben. Und diese zudem noch einem Mann zu übertragen, dem das Bundesheer wegen dessen Kontakte zur rechtsextremen Gruppierung "Bund Freier Jugend" eine Offizierkarriere verweigert hatte? "Einen Versuch ist es wert", meint Dobusch im Gespräch mit dem Standard. "Schon einmal sind die Blauen entzaubert worden, als sie auf Bundesebene Regierungsverantwortung übernommen haben". Außerdem, so merkt Dobusch weiters an, seien bei der Wahl jene Kräfte gestärkt worden, die einen Law-and-Order-Wahlkampf geführt hatten. Den Freiheitlichen jetzt das Feld Sicherheit zu übergeben, entspreche somit dem Wählerwillen.“ (Der Standard, 16.10.2009).

In Wels hat eine machtvolle Demonstration mit 800 TeilnehmerInnen gegen den FPÖ-Bürgermeisterkandidaten demgegenüber bewiesen, dass es auch andere Methoden gibt – nämlich

gegen Rechts zu mobilisieren. Die entscheidende Frage die sich auch hier stellt ist allerdings mit welcher Strategie und Zielrichtung. Tatsache ist, dass – wie die SLP auf ihrem Flugblatt zu Demonstration festhielt – gerade auch die Welsener SPÖ die Mitverantwortung für die Stärke der Freiheitlichen trägt: „Aber wie hat es dazu kommen können, dass die FPÖ so stark geworden ist? Auch in Wels gibt es Probleme und die SPÖ kann diese nicht lösen. Im Bezirk Wels ist die Arbeitslosigkeit im letzten Jahr um 59% gestiegen, rund 2000 Menschen in Wels waren letzten Winter wegen ihres geringen Einkommens auf einen Heizkostenzuschuss angewiesen. Die SPÖ-Wels trägt die Linie der Bundes-SPÖ mit (...) Im Wahlkampf ging es v.a. um 'das Ausländerthema'. Probleme im Zusammenleben können nicht mit Hetze a 'la FPÖ gelöst werden. Aber auch eine softere Version davon schürt den Rassismus weiter. SPÖ-Koits will

'mehr Polizei' und fordert bei der Zuwanderung ein Mitspracherecht der Stadt – was soviel heißt wie 'wir machen die Schotten dicht, wenn wir es wollen'. Mit Kürzungen im Sozialbereich und einem schärferen Abschotten gegen MigrantInnen wird die FPÖ nicht gestoppt, sondern droht spätestens 2015 ein FPÖ-Bürgermeister.“ In Wels – und nicht nur dort – wird es daher notwendig sein, jedes politische Bündnis mit der SPÖ-Spitze zu vermeiden und daher „von links“ so breit wie möglich gegen die unsoziale und ausländerfeindliche Politik die von dort kommt zu mobilisieren. Genau vor dieser Herausforderung stehen Linke und SozialistInnen insgesamt in Österreich – wenn sie nicht der FPÖ in der entscheidenden sozialen Frage das Feld überlassen wollen. Dass dies letztlich nicht ohne den organisatorischen Bruch in bzw. mit der Sozialdemokratie gehen wird, zeigen uns sowohl die internationalen Erfahrungen wie auch die be-

reits erwähnten Kommentare verschiedener KollegInnen in SPÖ und ÖGB, die offenbar nur auf ein entsprechendes Zeichen warten. Die in dieser Hinsicht stärkste Bruchlinie bildet in diesem Zusammenhang das Verhältnis SPÖ-Führung und FSG/ÖGB, die in Wahrheit nur mühsam mit neuen Posten für Spitzengewerkschafter (wie Hundsdorfer) übertüncht wurde. Im Zuge von konkreten – und durch die Krise unvermeidlichen – sozialen Auseinandersetzungen ist zu erwarten, dass hier die Konfrontationen mit der SPÖ-Führung härter werden. Eine ganze Schicht von AktivistInnen könnte in so einem Prozess die Schlussfolgerung ziehen, dass die Zeit des Zuwartens vorbei ist und auch Österreich eine neue, konsequente Kraft für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche braucht.

Irische SozialistInnen bleiben bei Nein zum Lissabon-Vertrag

Konsequente Kampagne auch bei Gegenwind

von Jan Rybak, SLP Salzburg

Als „campaign of fear“ – Kampagne der Angst wurde die Propaganda für eine „Ja“-Stimme für den Lissabonvertrag in Irland genannt. Einer breiten Einheit aus fast sämtlichen bürgerlichen Parteien, der Regierung, Banken, Konzernen und fast sämtlicher Medien gelang es mit Millionenaufwand das „Ja“ der irischen Bevölkerung für den Lissabonvertrag zu gewinnen. Zentrale Aussage war: Wenn ihr mit „Nein“ stimmt wird die Krise nur noch schlimmer, dann drohen Massenarbeitslosigkeit und Armut. Tatsächlich ist der Kern des Lissabonvertrags jedoch die Intensivierung eben jener Politik von Privatisierungen und Deregulierungen, die erst die Auslöser für die aktuelle Wirtschaftskrise waren. Zusätzlich würden alle EU-Länder zum Aufbau einer neuen EU-Armee verpflichtet, um die „wirtschaftlichen und politischen Interessen Europas zu verteidigen“. Dabei sind natürlich die wirtschaftlichen Interessen des europäischen Kapitals gemeint, die eine EU-Armee international durchsetzen soll. Das bedeutet Angriffskriege und Besetzungen.

ArbeiterInnen und Jugendliche sagten schon einmal „Nein!“

Im Juni 2008 erteilte die irische Bevölkerung dem Vertrag bereits eine klare Absage. 53,4 Prozent stimmten damals mit „Nein“. Zentraler Faktor in der Kampagne: Die Socialist Party (die irische Schwesterorganisation der SLP). Die SP betonte in ihrer Kampagne von Anfang an die Verschlechterungen auf sozialer wie auf politischer Ebene, die die Ratifizierung des Vertrages für die irische ArbeiterInnenklasse bedeuten würde. Dabei lehnte sie den bornierten Nationalismus von Organisationen wie der „Libertas“

von Declan Ganley immer grundsätzlich ab und bestand auf einer konsequenten internationalistischen Position. Die überwiegende Mehrheit der irischen ArbeiterInnenklasse und der Jugend stimmte maßgeblich in Folge der Kampagne der Socialist Party mit „Nein“. In Folge wurde auch Joe Higgins, Mitglied der Socialist Party und von den „Irish Times“ als einer der sieben wichtigsten Gründe für das Nein der IrInnen genannt. Bei den Wahlen vergangenen Juni wurde er in seinem Wahlkreis ins europäische Parlament gewählt.

Da das irische Referendum nicht den Wünschen der Regierungen entsprach wurde ganz einfach noch einmal abgestimmt. Das zweite Referendum fand in der Situation einer tiefen Wirtschaftskrise statt. Irland ist besonders stark betroffen. Zehntausende haben ihre Arbeitsplätze verloren. Mit Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst und der Streichung von Sozialleistungen versucht die Regierung ihr tiefrotes Budget auf Kosten der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu sanieren. Dementsprechend verhasst ist die Regierung – 83 Prozent der IrInnen lehnen sie ab. Die Krise wurde von den Herrschenden genutzt um eine beispiellose Kampagne für den Lissabonvertrag zu starten. Der Chef von Ryanair – damit reich geworden, dass er die Rechte seiner Beschäftigten mit Füßen tritt – steuerte alleine 500.000 Euro für die „Ja“-Kampagne bei. Auf seinen Plakaten hetzte er gegen die GegnerInnen des Vertrages, allen voran Joe Higgins, Europaparlamentarier der Socialist Party. Und das nicht ohne Grund. Auch diesmal stand die SP an der Spitze der Bewegung gegen den Lissabonvertrag. Unzählige Plakate wurden geklebt und abertausende Flugblätter wurden verteilt. Joe Higgins nützte die Bühne des Europäischen Parlaments um die Kampagne gegen den Vertrag zu unterstützen.

Selbst ein Teil der Gewerkschaftsbürokratie unterstützte den Vertrag. Ungeachtet der Tatsache, dass er Lohndruck, Arbeitsplatzabbau, Privatisierungen und die Zurückdrängung der Gewerkschaften beinhaltet.

Nur Massenbewegung kann Angriffe jetzt noch stoppen.

Die Zustimmung der IrInnen zu dem Vertrag war ein Resultat der massiven (Lügen)Kampagne von Regierung und UnternehmerInnen. Sie, die die Krise selbst verursacht haben verkauften den Lissabonvertrag als Ausweg aus eben dieser. Das Votum war klar für den Vertrag. Es zeigt sich allerdings eine starke soziale Polarisierung. Reiche und Angehörige der „Mittelklassen“ stimmten mit überwältigender Mehrheit für den Vertrag. In den ArbeiterInnenvierteln von Dublin – hier lag auch der Schwerpunkt der Kampagne der Socialist Party – sah es allerdings ganz anders aus. Vor allem Frauen und junge ArbeiterInnen stimmten überwiegend gegen den Vertrag.

Eine Annahme des Vertrages – es fehlt nur noch die Unterschrift des tschechischen Präsidenten – wird schwere Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Jugend in Europa zur Folge haben. Der Aufbau einer neuen internationalen Massenbewegung um diese zu stoppen ist dringend notwendig. Die Angriffe, die im europäischen Maßstab wie in den einzelnen Ländern bevorstehen, werden hart sein. Die Socialist Party in Irland und ihre Schwesterorganisationen in ganz Europa haben gezeigt, wie eine intensive Kampagne gegen die neoliberalen Angriffe von Regierung und Kapital erfolgreich sein kann. Wir müssen heute beginnen uns zu organisieren um die kommenden Angriffe zurückweisen zu können.

Musik – endlich kostenlos!?

Von Musik- und Kunstproduktion in einer anderen Gesellschaft ...



Zur vollen künstlerischen Entfaltung der Menschheit ist ein Neustart der Gesellschaft notwendig.

von Simon Nagy, SLP-Wien

Das kostenlose und angeblich illegale Herunterladen von Musik nimmt unter Jugendlichen stetig an Popularität zu. Deshalb haben wir uns mit der Frage auseinandergesetzt, wie Musikdownloads mit Sozialismus vereinbar sind. Um diese Frage zu beantworten, ziehen wir die beiden großen Argumente der Musikindustrie heran und gehen auf diese ein:

„Musikdownloads sind illegal!“

Diese Aussage ist leicht zu widerlegen, wirft man nur einen Blick ins Österreichische Urheberrechtsgesetz. Dort steht, § 42, Abs. 4:

„Jede natürliche Person darf von einem Werk einzelne Vervielfältigungsstücke auf anderen als den in Abs. 1 genannten Trägern (dort sind Papier u. ähnliches gemeint) zum privaten Gebrauch und weder für unmittelbare noch mittelbare kommerzielle Zwecke herstellen.“

Auf gut Deutsch: In Österreich ist es gesetzlich erlaubt, Musik von Online-Plattformen herunterzuladen und für den eigenen Gebrauch zu verwenden. In vielen anderen Ländern ist nicht einmal das erlaubt,

und dies führt zu einer starken Kriminalisierung der Jugendlichen.

„Durch Musikdownloads werden die Künstler um ihren Verdienst gebracht!“

Auch diese Aussage stimmt nicht: Erstens würde sich nur ein sehr unwesentlicher Bruchteil der Jugendlichen, die sich Musik aus dem Internet laden, die CDs um EUR 15,- auch im Geschäft kaufen. Zweitens verdienen die KünstlerInnen gerade jetzt kaum etwas an den Verkäufen, von deren Gewinn ihnen die Musikindustrie nur einen Bruchteil überlässt. Nicht die DownloaderInnen, sondern die Musikindustrie ist schuld an der oft miesen finanziellen Lage von KünstlerInnen.

Als SozialistInnen streben wir eine andere Gesellschaft an. In einer sozialistischen Gesellschaft müsste jedeR nur 20-Stunden oder weniger pro Woche arbeiten. Erst dann kann jeder Mensch die Zeit finden, sich neben der Arbeit intensiv anderen Tätigkeiten, wie beispielsweise dem Musizieren, zu widmen. Und damit sein/ihr kreatives Potential zu nutzen. Es gibt dann nicht ein paar KünstlerInnen die superreich sind und daneben viele KünstlerInnen die sich an unterbezahlte Kurzzeitjobs klammern müssen. Da jeder Mensch das Recht auf die Ausübung seiner oder ihrer kreativen Fähigkeiten haben sollte, würden die benötigten Aufnahmegeräte und Räumlichkeiten etc. von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

In diesem Sinn würde die kostenlose Verbreitung von Musik für die KünstlerInnen keine Verluste bedeuten, da sie ohnehin sozial abgesichert sind - dafür würden ihre Werke breiter bekannt werden.

Die britische Band Radiohead hat 2007 bei der Veröffentlichung ihres neuen Albums „In Rainbows“ die traditionelle Musikindustrie herausgefordert: Die Platte, die ohne Plattenvertrag produziert wurde, boten sie als Download auf ihrer Homepage an – den Preis konnte der/die KäuferIn individuell entscheiden. Ein interessanter Ansatz, allerdings bleibt Musik wohl solange ein Business solange es Kapitalismus gibt.

SLP-Wahlerfolge

Unser Genosse Sebastian Kugler wurde an seiner Schule, dem BG13 Fichtnergasse erneut zum Schulsprecher gewählt. Wie auch im letzten Jahr, in dem er und die Fichtnergasse eine wichtige Rolle bei den Schulstreiks gespielt haben, wird er auch dieses Jahr konsequente sozialistische Schulpolitik betreiben.

Auch unser jüngerer Genosse Simon Nagy wurde, obwohl er erst in der 5. Klasse AHS in der Krottenbachstraße ist, zum stellvertretenden Schulsprecher gewählt. Auch er punktete durch bewusst politisches, besonders antifaschistisches Auftreten.

Ein heißer Herbst – und eine sehr aktive SLP

von Sonja Grusch, SLP-Wien

Vor 20 Jahren fand der „Mauerfall“ statt – in den Medien wird der Zusammenbruch der stalinistischen Staaten dafür benützt, um wieder einmal zu versuchen, das Ende von sozialistischen Ideen herbei zu schreiben. Aus Sicht der bürgerlichen IdeologInnen ist das auch bitter nötig – denn die Ablehnung der kapitalistischen Logik und das Interesse an sozialistischen Ideen steigt. Kein Geld für Lohnerhöhungen, während die Gewinne in Milliardenhöhe an AktionärInnen ausgeschüttet werden – dass findet heute kaum noch wer „normal“. Die Diskussion über Beschränkungen beim Uni-Zugang und die Wiedereinführung von Studiengebühren zeigen, wohin die Reise gehen soll: die Umverteilung von unten nach oben wird voran getrieben. Da ist es gut und wichtig, dass SozialistInnen in verschiedenen Bereichen aktiv dagegen arbeiten. Zwei Mitglieder der SLP in Wien wurden zu Schulsprecher- bzw. Stellvertreter gewählt: eine wichtige Grundlage um gegen die kommenden Angriffe Widerstand zu organisieren. Ebenfalls als Betroffener von Bildungsabbau kandidiert Albert Kropf, Berufsschullehrer in Wien bei den Personalvertretungswahlen für seinen Dienststellenausschuss. Zentrales Ziel ist es, Widerstand gegen die von Schmied & Co. auf die LehrerInnen geplanten Angriffe zu organisieren und eine Urabstimmung über Verhandlungsergebnisse einzufordern.

In Salzburg haben Mitglieder der SLP die rassistische Politik der SPÖ publik gemacht (migrantische SeniorInnen erhalten keine Plätze in den SeniorInnenheimen) und dagegen Proteste organisiert – wie übrigens auch gegen den Ausverkauf der GÖD gegenüber den öffentlich

Beschäftigten (die GÖD hat einer Nulllohnrunde zugestimmt). Eltern, PädagogInnen und Beschäftigte des Sozialbereiches aus der SLP haben die Proteste der KindergärtnerInnen aktiv unterstützt und Vorschläge für die Verbreiterung der Kämpfe eingebracht. Und zu den Kämpfen der DruckerInnen gab es nicht nur aktive Solidarität sondern gibt es am 4.11. auch eine Veranstaltung.

Von Polizei, Justiz und Rechtsextremen

Die Wahlen in Vorarlberg und Oberösterreich haben einmal mehr deutlich gemacht, dass SPÖ und Grüne keine Barriere für den Aufstieg des Rechtsextremismus sind. Im Gegenteil macht die SPÖ in Linz nun den FPÖler Wimmer zum Sicherheitsstadtrat. Der Mann war übrigens sogar dem Bundesheer zu rechts... Insgesamt zieht die SPÖ aus den Wahlniederlagen v.a. eine Schlussfolgerung und setzt nun noch stärker auf eine rassistische Politik. Und stärkt damit die FPÖ noch weiter. In Oberösterreich hat sich der Rechtsruck auch im Justizskandal nach der Prügelorgie der Linzer Polizei am 1. Mai gezeigt (mehr auf Seite 8). Dem gegenüber steht aber die massive Solidarität, die es – politisch und finanziell – von Einzelpersonen und Organisationen schon gab bzw. die angekündigt wurde.

In Oberösterreich und Kärnten stellt sich auch die Frage: WIE gegen rechts vorgehen. Bei der sehr erfolgreichen Konferenz der SLP im September war das neben der Wirtschaftskrise auch eine wichtige Debatte. Bei einer Reihe von antirassistischen und antifaschistischen Mobilisierungen hat die SLP ihre Position dazu eingebracht. Wir stehen für eine aktive Mobilisierung von Betroffenen



Jugendliche Krisenopfer

Auf jede offene Lehrstelle kommen zur Zeit rund zwei Suchende, insgesamt ist die Zahl der offenen Lehrstellen um 15%, die der Lehrlinge um 9% zurückgegangen. Allein die Industrie hat knapp 1400 Lehrstellen gestrichen – und gleichzeitig satte Dividenden an ihre AktionärInnen ausbezahlt. Und dass, obwohl Lehrlinge ohnehin mager verdienen: ein männlicher Lehrling knapp 6000.- pro Jahr, ein weiblicher sogar nur 4800.- pro Jahr. Insgesamt fehlen im Herbst ca. 20.000 Lehrstellen (trotz diverser Geldgeschenke an die Unternehmen). Übrigens: die Gewerkschaftsjugend hat errechnet, dass schon 13 durchschnittliche ManagerInnen-Jahresgehälter reichen würden, um allen Lehrstellensuchenden in Wien einen Ausbildungsplatz zu garantieren.

Das führt natürlich zu – absolut berechtigten – Zukunftsängsten: mehr als 1/4 der Jugendlichen hat Angst den Job zu verlieren, 1/3 hat Angst keine Lehrstelle zu bekommen. Anja (16) aus Klagenfurt meint dazu: „Ich habe Angst, dass ich irgendwann keinen Arbeitsplatz mehr bekomme. Egal, welche Ausbildung ich habe.“ Über 50% spüren die Krise bereits, 20% haben schon weniger Geld zur Verfügung als vor der Krise. 90% der BerufseinsteigerInnen gehen davon aus, dass sie in der Zukunft von ihrer Pension nicht werden leben können. Der Kapitalismus schafft also eine echte „No Future“-Generation.

Aber ist „die Jugend“ tatsächlich so unpolitisch, wie gerne behauptet? Gregor (15) meint: „Ich fühle mich nicht wirklich vertreten, denn es gibt keine Partei die meine Bedürfnisse und meine Meinung vertritt.“ Das können wir gut verstehen – und wir wollen genau so eine neue Partei aufbauen. Sozialistisch – Aktiv – Antifaschistisch – International. Komm zu den Treffen der SLP und werde selbst aktiv.

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
„Alte Welt“, Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos: slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
„Shakespeare“, Salzburg,
Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 1133477

WIEN

SLP-SchülerInnen
Jeden Montag um 18.00
„Amerlinghaus“ – Raum 3
7.; Stiftg. 8 (Nähe U2/U3-Volkstheater)

Jeden Mittwoch um 19.00

„Pizzeria La Piazza“
20.; Gaussplatz 7

Jeden Mittwoch um 19.00

„Zypresse“
7.; Westbahnstrasse 35a

Jeden Donnerstag um 19.00

Cafe „Das Schwarze Schaf“
8., Lederergasse 26

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe?
Wir unterstützen Sie gerne als individuelles
Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.

Jetzt Abo bestellen!



Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00*
an PSK 8812.733
überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort
„Abo“ nicht vergessen!

* Sozialpreis für Menschen ohne
eigenes Einkommen EUR 10,00

Alle Preise für 10 Ausgaben
inkl. Porto und Versand

ALLES INKLUSIVE

Unsere Arbeit kostet Geld.

Die SLP erhält keine Subventionen oder Geld von Unternehmen. Das garantiert unsere politische Unabhängigkeit. Es macht uns aber abhängig von Deiner/Ihrer Unterstützung. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause – ein „All-Inclusive-Abo“ eben. PSK 8812.733

SLP & CWI im Internet:

Seite der SLP österreichische Sektion des CWI
www.slp.at

Seite der SAV, deutsche Sektion des CWI
www.sozialismus.info

Site of the CWI in English (and other Languages)
www.socialistworld.net

Special CWI-Site on China (English, Chinese)
www.chinaworker.org

Páginas del CIT/CWI en español
www.mundosocialista.net

TIPP: Auf www.socialistworld.net findest Du Links zu CWI-Seiten aus Indien, Brasilien, Polen, Belgien, Frankreich, Schottland, Russland, Australien, Griechenland, Nigeria, USA, Schweden, Irland, Italien, Israel, England & Wales, Nordirland, Holland

Die SLP-Kasachstan-Connection

Statt Diktatoren zu hofieren, unterstützen wir kämpferische Oppositionelle

Die Kasachstan-Affäre zieht noch immer weite Kreise durch die österreichische Politiklandschaft. Erst unlängst wurden heimische Beamten im Zuge der Ermittlungen wegen Spionage verhaftet. Es geht um Geschäfte mit einem Regime, dass wegen Korruption und Repression weltweit bekannt geworden ist. Die SLP hingegen steht in Verbindung mit Menschen in Kasachstan, die versuchen gegen das undemokratische Regime zu kämpfen.

von Margarita Döller, SLP-Wien

In den letzten Wochen hat sich gezeigt, dass neben der FPÖ auch die SPÖ in die Kasachstan-Affäre verwickelt zu sein scheint. Beiden Parteien werden Beziehungen zu kasachischen Geheimdiensten bzw. zum Regime Nasarbayew selbst nachgesagt. Eines haben sie dabei jedenfalls gemeinsam: Sie handeln nicht im Sinne der ArbeitnehmerInnen. Es geht ihnen vielmehr um wirtschaftliche Interessen. Kasachstan ist nach Russland der zweitgrößte Erdöllieferant der ehemaligen UdSSR und somit ein wichtiger Handelspartner für die europäischen Staaten. Auch die ÖVP ist sich dessen bewusst und versucht seit 2007 die Beziehungen zu intensivieren. 2010 wird Kasachstan als erster GUS-Staat den Vorsitz der OSZE (Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa) übernehmen. Das österreichische Außenministerium war von Anfang an dafür, und dass obwohl das Regime Nasarbayew für Repression und Verfolgung von Minderheiten bekannt ist.

Sozialist brutal überfallen

Das Land Österreich pflegt also geschäftliche und politische Beziehungen zu einem Staat, indem demokratische Grundrechte mit Füßen getreten werden. GewerkschafterInnen werden verfolgt, linke AktivistInnen polizeilich verhaftet und verprügelt. Am 22. September erst wurde Ainur Kurmanov, Mitglied des CWI in Kasachstan, vor seiner Wohnung brutal niedergeschlagen. Jemand wollte damit ein Exempel statuieren, um AktivistInnen einzuschüchtern. Schon seit geraumer Zeit steht er im Fadenkreuz der Regierung, weil er Kämpfe organisiert und sich öffentlich versucht gegen Repression zu wehren. Zuletzt musste er 15 Tage ins Gefängnis, weil er die Proteste rund um eine Waggonfabrik angeführt hat. Die Fabrik AZTM sollte geschlossen werden, doch mit der Unterstützung von Ainur traten die ArbeiterInnen in den Streik. Das Ergebnis: hunderte Jobs konnten gerettet werden.

Menschen wehren sich

Das Regime Nasarbayew hat in den letzten zwei Jahren einige Gesetze erlassen, um Mas-



Ainur Kurmanov, Mitglied des CWI in Kasachstan

senproteste gegen Fabrikschließungen und Stellenabbau zu verhindern. Erst im Juni wurde ein Gesetz erlassen das das Internet und die Medienberichterstattung regulieren soll. Unter dem Deckmantel der Terrorismus- und Pornographiebekämpfung werden Internetseiten überwacht und so weit wie möglich zensiert. Neben der gesetzlichen Ebene gibt es aber auch noch das Problem der Repression, mit dem SozialistInnen in Kasachstan zu kämpfen haben.

Trotzdem kommt es in vielen Teilen des Landes zu Protesten, weil die globale Wirtschaftskrise auch in Kasachstan ihre Spuren hinterlässt. Die Inflation liegt bei 11% und die industrielle Produktion ist kollabiert. Das heißt, dass die Bevölkerung massiv von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht ist. Die Menschen su-

chen nach einer Alternative und sind bereit für ihre Interessen auf die Straße zu gehen.

Die Mitglieder von Sozialistischer Widerstand (CWI Sektion in Kasachstan) unterstützen diese Proteste und sind bei vielen an vorderster Front dabei. Sie können dabei auf die Unterstützung von Sektionen des CWI in aller Welt zählen, die, wenn es notwendig wird, Solidarität in anderen Ländern organisieren. Die SLP ist Teil dieser Internationalen und steht daher in Verbindung mit den Unterdrückten in Kasachstan. Hoch die internationale Solidarität!

Weitere Infos auf <http://socialism.ru/> (in russischer Sprache)

Friedentaube und Sozialreformer Obama?

Friedensnobelpreis, Gesundheitsreform und rechter Widerstand

von Irene Müller, SLP Wien

Selten hatte ein US-Präsident so viele Hoffnungen auf sich vereint wie Barack Obama. Innerhalb der USA gelang es ihm mit der Losung für einen grundlegenden politischen Wandel - „Change We Can Believe In“ - breite Schichten der Bevölkerung zu mobilisieren. Zehntausende Menschen beteiligten sich als WahlkampfhelferInnen sowie durch private Spenden an Obamas Wahlkampagne. Diese starke Politisierung, die schließlich auch an der Rekordwahlbeteiligung und Obamas großem Wahlerfolg deutlich wurde, fand nicht zuletzt vor dem Hintergrund der vergangenen acht Jahre neoliberaler Bush-Politik statt. Besonders unter ArbeiterInnen und Teilen des Mittelstandes, die nun auch die Folgen der Wirtschaftskrise am härtesten zu spüren bekommen, war die Wut auf die unternehmerfreundliche Wirtschaftspolitik Bushs besonders groß.

Außerhalb der USA hofften vor allem Menschen in den am meisten vom US-Imperialismus betroffenen Ländern wie Irak, Afghanistan oder Iran, sowie die globale Antikriegsbewegung auf einen außenpolitischen Kurswechsel der USA unter Obama.

Barack Obama ein Friedensbringer?

Zur allgemeinen Überraschung hatte auch

das norwegische Friedensnobelpreis-Komitee den Erwartungen an eine, nunmehr friedlichere, US-Außenpolitik Ausdruck verliehen, und Obama zum diesjährigen Träger des namhaften Preises ernannt. Diese Entscheidung ist mehr als seltsam, wenn man bedenkt, dass Obama Präsident eines Landes ist, das seit Jahren zwei Angriffskriege gegen Afghanistan und Irak führt, deren Ende derzeit nicht einmal absehbar ist. Zudem wurde kurz zuvor bekannt, dass die USA ihre Truppen in Afghanistan nun um weitere 34.000 SoldatInnen aufstocken wollen. Rückzugspläne sehen anders aus. Das Nobelpreiskomitee verteidigt seinen Entschluss mit der Begründung, dass Obama „auch in schwierigen Konflikten Dialoge und Verhandlungen wieder zu bevorzugen“ würde. Tatsächlich hat Obamas Kriegspolitik bisher keine qualitative Veränderung zu jener der Bush-Regierung bedeutet. Vielmehr spiegelt die überwiegende Unterstützung dieser Entscheidung seitens bürgerlich-liberaler Medien die anhaltende Hoffnung vieler Menschen auf die von Obama versprochene Kehrtwende zu Frieden und globaler Gerechtigkeit wieder.

Obamas Beliebtheit sinkt bereits. Und zwar weil im Grunde alles beim Alten bleibt!

Dennoch verliert Obama unter seiner eigenen Bevölkerung kontinuierlich an Unterstützung.

Von 70% am Tag seines Amtsantrittes ist sie mittlerweile auf 50% gesunken. Hauptgrund für Obamas Popularitätseinbußen ist – neben Irak und Afghanistan – seine Sozial- und Wirtschaftspolitik. Mit großzügigen „Finanzierungshilfen“ für Banken und Unternehmen setzt er Bushs Politik, zugunsten von Großunternehmen und Industriellen, fort. Beispielhaft dafür ist sein Rückzieher in Sachen Gesundheitsreform. Als eines der Kernthemen des Wahlkampfes ist Obama mit dem Versprechen einer adäquaten Gesundheitsversorgung für alle US-BürgerInnen angetreten. Doch sein Engagement für eine flächendeckende Gesundheitsversorgung ist mittlerweile den Interessen der privaten Gesundheitsindustrie gewichen. Anstatt eines staatlich regulierten Gesundheitssystems in dem Beiträge und Finanzierung in einer öffentlichen Institution zusammenlaufen („Single Payer System“), für das er sich vor seiner Präsidentschaftskandidatur aussprach, beschränkte er sich auf den Versuch neben privaten Versicherungen auch einen öffentlichen Anbieter zu schaffen („Public Option“). Angemessene Gesundheitsversorgung unabhängig von Einkommen und Gesundheitszustand, kann jedoch nur ein öffentlich kontrolliertes Gesundheitssystem gewährleisten, das die Profitlogik des Marktes und damit auch die Milliardengewinne privater Versicherungsunternehmen unterbindet. Der aktuelle Entwurf

sieht nun nicht einmal mehr eine staatliche Versicherungsoption als Konkurrenz zu privaten Versicherungen vor. Dieses „Zugeständnis“ hat sich die Krankenversicherungs-Industrie – mit dem Geld von Millionen ArbeitnehmerInnen – bereits teuer erkaufte. Nicht nur die Demokraten kassierten 2008 über die Hälfte ihrer „Spenden“, sondern auch Obama bekam für seinen Wahlkampf mit 18 Millionen Dollar mehr als jeder andere Kandidat.

In den letzten Monaten hat die Obama-Administration bewiesen, dass die Demokraten unter Obama weiterhin uneingeschränkt an das US-Kapital gebunden sind und weder Reformen im Interesse der ArbeitnehmerInnen in den USA durchführen, noch die Kriege in Afghanistan und Irak beenden werden. Die Geschichte hat immer wieder bewiesen, dass dazu die Organisation einer breiten Bewegung von ArbeitnehmerInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen notwendig ist, die auf der Straße, in den Betrieben, Schulen und Universitäten für die Durchsetzung ihrer Interessen kämpft.

Weitere Informationen auf der Homepage unserer US-Schwesterorganisation: <http://www.socialistalternative.org/>

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 184

November 2009

Nein zu Law & Order!



Justiz-Skandal nach Polizeiübergriffen am 1. Mai 2009 – Jetzt spenden!

Die zunehmende Polizeirepression zeigt, wie der Staat mit KritikerInnen umgeht. Die Übergriffe der Linzer Polizei am 1. Mai 09 sind ein Beispiel dafür. Die Polizei ist damals mit unglaublicher Brutalität auf eine angemeldete antifaschistische 1. Mai Demonstration losgegangen. Heute wissen wir, dass dieser brutale Polizeieinsatz angeordnet und „von oben“ erwünscht war. Nun hat die SPÖ ganz bewusst den Law&Order FPÖ-Rechtsaussen Detlev Wimmer in Linz zum Sicherheitsbeauftragten gemacht. Schon bisher sind die Behörden gerade in Oberösterreich durch Härte gegen AntifaschistInnen und Milde gegen Neonazis aufgefallen. Nun ist v.a. in Linz mit Schikanen gegen alle, die die FPÖ kritisieren bzw. dieser nicht „gefallen“ zu rechnen.

Polizeiwillkür am Beispiel 1. Mai

Am 1. Mai wurde in Linz ein Teil der demonstrierenden AntifaschistInnen (unter dem Vorwand diese hätten sich verummumt – Fotos beweisen das Gegenteil) willkürlich eingekesselt und am Weggehen gehindert. Der Rest solidarisierte sich mit den Eingekesselten. Über die Brutalität und die Verhaftungen wurde vielfach in den Medien berichtet. Die SLP ist Teil des „Bündnis gegen Polizeigewalt“ und führt seither eine Kampagne gegen Polizeigewalt durch. Im Zuge dieser Aktionen haben Rosa Ziegler und Michael Gehmacher beim Unabhängigen Verwaltungssenat (UVS) Oberösterreich Beschwerde eingelegt.

Polizeirepression nimmt zu – der 1. Mai war nur der Anfang

Mit dem Vorgehen der Polizei wurden nicht nur Menschen verletzt und misshandelt, sondern auch die Demonstration, die das Ziel hatte einen

geplanten Naziaufmarsches der NVP zu verhindern, wurde de facto verunmöglicht (während die Polizei auf die AntifaschistInnen einprügelte konnten Nazis am 1. Mai durch Linz ziehen und sogar einen Stand der Kinderfreunde angreifen).

Repression nimmt zu

Dies war gerade im Zeiten der Wirtschaftskrise ein klares Signal der Staatsgewalt. Wir sehen eine Zunahme staatlicher Repression – die Verhaftungen und Anklagen wegen §278 gegen TierschützerInnen, die Brutalität gegen eine antifaschistische Demonstration etc.. Bevor es auch in Österreich zu vermehrten Protesten als Folge der wachsenden sozialen Probleme kommt wird signalisiert: Brav sein, sonst gibt's Probleme. Auf allen Ebenen findet eine Aufrüstung des Staates statt: Überwachungskameras, mehr PolizistInnen, neues Gerät fürs Bundesheer. Verkauft soll uns dass alles mit „mehr Sicherheit“ werden. Über die Medien und „Sicherheitsberichte“ wird ein Bild von ständiger Bedrohung gezeichnet, dass stark übertrieben ist und nur ein Ziel hat: die staatliche Aufrüstung zu rechtfertigen.

Denn bei dieser Aufrüstung geht es nicht um ein mehr an Sicherheit für Dich & Mich, sondern darum, in Zukunft verstärkt Unternehmen und Staat vor den Protesten von Beschäftigten zu schützen, die sich gegen Lohnraub, Kündigungen und ähnliches wehren. In Zukunft wird versucht werden auch Proteste und Demonstrationen gegen Sozialabbau, Rassismus etc. mit ähnlichem Vorgehen aufzulösen bzw. zu verhindern! Es droht ein Angriff auf elementare demokratische Rechte von Gewerkschaften, MigrantInnenorganisationen, die Frauenbewegung und die Linke insgesamt.

Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Die Polizei hat behauptet, dass sie gewalttätigen Angriffen seitens der DemonstrantInnen ausgesetzt war, dass die einzelnen PolizistInnen in Notwehr handelten und daran v.a. „die Kurden“ schuld wären. Auch in Krems hält der Todesschütze von der Polizei trotz anderslautender Gutachten an seiner „Notwehr“-Darstellung fest. In Linz wurde jetzt bekannt, dass den beschuldigten PolizistInnen von oben eine Aussage „vorgeschlagen“ wurde. Der UVS hat nicht einmal Filme die die Polizeigewalt dokumentieren zugelassen sondern die Beschwerden abgewiesen. Aber damit nicht genug, will die Polizei nun von den BeschwerdeführerInnen ihre „Kosten“ ersetzt bekommen (insgesamt EUR 2.500,-). Wir fragen uns, ob mit diesem Vorgehen, mit dem Versuch, die Kosten für Polizei„arbeit“ auf Opfer und KritikerInnen abzuwälzen, jede Kritik im Keim erstickt werden soll.

Die Beschwerden von Rosa und Michael stehen stellvertretend für die Beschwerden von hunderten DemonstrantInnen. Es geht darum, ob die Behörden mit ihrem Vorgehen einfach durchkommen, oder ob es dagegen breiten Widerstand gibt. Es geht aber auch darum, dass wir solidarisch sind mit Rosa und Michael, die von den Be-

hörden ja gerade dafür bestraft werden sollen, dass sie selbst sich mit den Eingekesselten solidarisiert haben. Die SLP sammelt daher Spenden für Rosa und Michael.

Die SLP fordert:

→ Aufklärung der Ereignisse vom 1. 5. durch eine unabhängige Kommission mit Gewerkschaften, antifaschistischen Organisationen und Opfern der Polizeigewalt

→ Nein zur Polizeigewalt und Aufrüstung des Staates- mehr Geld für Jugend-, Kultur und Sozialeinrichtungen, Bildung und Jobs

→ Nein zur Überwälzung der Kosten von Polizei „arbeit“ auf KritikerInnen Rücknahme der Forderung über 2.500 Euro.

Nein zu Law&Order

Fekter, Wimmer & Co. stehen für mehr Law & Order. AntifaschistInnen, Linke und GewerkschafterInnen stehen immer stärker im Visier der etablierten Politik. KritikerInnen und v.a. AktivistInnen sollen mit allen Mitteln – Einschüchterung, Gewalt & Strafen – mundtot gemacht werden. Die SLP setzt daher ihre Kampagne gegen Law & Order fort.

Jetzt spenden & aktiv werden!

→ Spenden zur Begleichung der EUR 2.500,- und für die Kampagne gegen staatliche Repression bitte auf das PSK Konto 8812.733 überweisen (Verwendungszweck: Gegen Law&Order).

Informiert andere, leitet die Informationen und den Aufruf zu spenden weiter. Und werdet selbst aktiv in der Kampagne gegen staatliche Repression!

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.200 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten „Dritten Welt“, Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen LinksPartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at